

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/64 - 17. März 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:Zeilen:

1 - 2

Vor einem Jahr

95

Von Herbert Wehner,
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

3 - 4

Die Privatisierung des Volkswagenwerks
Zur Entscheidung im Bundestag

87

5 - 7

Im Dienst an der Menschheit
Israel gibt Entwicklungshilfe

146

Von Inge Deutschkron

8 Zur Dokumentation:

Krise der Fünften Republik ? - Krise um de Gaulle ? 36
Ein bemerkenswerter Artikel in "Le Monde"

* * * *

* * *

Zur Beachtung:Auch als Minister versagt

Oberländer und die vertriebenen Bauern

Zu diesem Thema schreibt in unserer morgigen Ausgabe Bundestags-
abgeordneter Richard Reitzner.

Vor einem Jahr

Von Herbert Wehner,
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Die Tatsache, daß in diesen Tagen ein Jahr vergangen ist, seitdem der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei beschloß, die als Deutschlandplan bekannt gewordenen Vorschläge zur Wiedervereinigung Deutschlands der Öffentlichkeit zu übergeben, rechtfertigt wohl einige Bemerkungen über das Schicksal dieser Vorschläge.

Im Deutschlandplan waren Vorschläge zusammengefaßt, mit denen die SPD vor der Genfer Außenministerkonferenz ihren Beitrag zur Diskussion der Verhandlungsmöglichkeiten leisten wollte. Die SPD hatte auch vor früheren Außenministerkonferenzen Vorschläge ausgearbeitet und veröffentlicht. Der Deutschlandplan des Jahres 1959 ist ein Glied in der Kette der Versuche, die Wiedervereinigungsverhandlungen vom toten Gleis herunter zu bringen. Er hat leider ebenso wenig zum Ziel geführt wie die früheren Vorschläge. Insofern gehört er der Vergangenheit an. Aber es sind für eine gewisse Zeit noch manche Bestandteile des Deutschlandplans brauchbar, falls es sich darum handelt, Deutschlands staatliche Einheit ernstlich anzustreben.

Wer die sozialdemokratischen Vorschläge zur Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit nebeneinander legt und sich dabei zu vorgegenwärtigen sucht, welchen Voraussetzungen sie jeweils gerecht zu werden hatten, der wird anerkennen, daß es sich für die Sozialdemokraten vor jeder Außenministerkonferenz darum gehandelt hat, den toten Punkt zu überwinden, auf dem sich die offizielle Erörterung der Deutschlandfrage befand. Es hat sich in jedem Fall um die Auffassung und die Vorschläge einer Partei gehandelt, die bis zur letzten Minute versucht hatte, mit der Regierung über das zweckmäßige Vorgehen einig zu werden und die sich dann an die Öffentlichkeit wandte, weil sie es als ihre Pflicht empfand, auch die von der Auffassung der Regierung abweichenden Vorschläge ins Gespräch zu bringen und damit vielleicht doch noch einen Beitrag zur Lösung der immer schwieriger werdenden Wiedervereinigungsprobleme zu leisten.

In keinem Fall war die Sozialdemokratische Partei in der Lage, ihre Vorschläge wirklich auf den Verhandlungstisch der Mächte zu legen. Als sich in Genf im Jahre 1955 der amerikanische Außenminister für einige Teile der damaligen sozialdemokratischen Vorschläge interessiert zeigte, wurde ihm von der Bundesregierung bedeutet, daß diese einer Erörterung dieser Vorschläge streng ablehnend gegenüber stehe. In Bonn selbst hat es zu keiner Zeit ein Klima gegeben, das eine weniger voreingenommene Behandlung der unterschiedlichen Auffassungen über das zweckmäßige Vorgehen in der Wiedervereinigungsfrage erleichtert hätte. Die Superlative, in die man sich im letzten Jahr bei der Verurteilung des Deutschlandplans gesteigert hat, lassen kaum noch Hoffnung auf eine Wendung zum Besseren.

Heute kommt es nicht mehr darauf an, den Deutschlandplan von 1959 auszudeuten, sondern nach Vorschlägen zu suchen, die der gewandelten

Lage gerecht werden können. Doch auch dazu wird man nur dann imstande sein, wenn man die Vorschläge von gestern nicht fortgesetzt zum Gegenstand der Verdächtigung der Absichten derer macht, die diese Vorschläge aus der Sorge um eine gefährliche Verhärtung der Spaltung Deutschlands gemacht haben.

Die Sozialdemokratische Partei hat 1959 ihren Deutschlandplan vorgelegt, als sie befürchten mußte, die zwischen den Mächten in Gang gekommenen Verhandlungen würden zu Verhandlungen über ein Berlin-Statut werden, das nicht Berlin als Hauptstadt des wiederzuvereinigenden Deutschland, sondern als ein gewissermaßen drittes Staatsfragment in einem für lange Zeit geteilt bleibenden Deutschland behandelt. Es war die erklärte Absicht der Sozialdemokraten, Wege und Möglichkeiten zu einer in Mitteleuropa zu schaffenden Entspannungszone zu zeigen, die aus einer Übereinkunft der vier Mächte entstehen sollte, die im Ergebnis des zweiten Weltkrieges eine besondere Verantwortung für "Deutschland als Ganzes" übernommen haben. Die unter zu vereinbarenden Kontrolle stehende Entspannungszone hätte der Rahmen für eine schrittweise Zusammenführung der Teile Deutschlands werden können. Schon in Genf haben aber die am Verhandlungstisch sitzenden Außenminister eine Sonderatmachung über Berlin erörtert und die Deutschlandfrage selbst nur in ihren Auseinandersetzungen über miteinander nicht zu vereinbarende Grundsätze behandelt. Obwohl der amerikanische Außenminister am Vorabend der Genfer Konferenz selbst ausgesprochen hatte, daß sich die Folgen der Teilung Deutschlands während der letzten vierzehn Jahre nicht über Nacht beseitigen lassen und die Wiedervereinigung deshalb schrittweise erfolgen müsse!

Die Bundesregierung hat den Deutschlandplan 1959 verworfen. Sie hat aber nicht zu erkennen gegeben, was sie selbst versuchen will, die Wiedervereinigung schrittweise zustandezubringen. Es wird nicht genügen, auf die Unzugänglichkeiten der Sowjetregierung hinzuweisen. Es muß versucht werden, Berlin nicht in die Zwangslage geraten zu lassen, die sich ergeben würde, wenn die Sowjetregierung den angekündigten "Friedensvertrag" mit der Regierung Grotewohl-Ulbricht abschloesse. Für die Sozialdemokratische Partei war es nur folgerichtig, sich um Berlin zu kümmern und nun alles daran zu setzen, vom Widerstand gegen eine Berlin isolierende "Lösung" doch noch zu, wenn auch wahrscheinlich langwierigen Verhandlungen über Schritte zur Lösung der Deutschlandfrage zu gelangen. Wenn aber die Bundesregierung ihrerseits nicht mehr zu tun bereit wäre als sich auch zu Berlin zu bekennen, wäre das zu wenig. Das würde weiteren Verlust kostbarer Zeit bedeuten und darauf hinauslaufen, Ulbricht das Spiel zu erleichtern, der auf eine Isolierung Berlins drängt.

In Genf ist die westliche Seite im vorigen Jahr nicht einmal zur Vorlage der Leitsätze für einen Friedensvertrag gekommen. Deshalb steht der sowjetische Friedensvertragsentwurf immer noch allein. So wichtig und unerlässlich es ist, auch für das deutsche Volk das Selbstbestimmungsrecht zu fordern, so dringend ist es doch, nach einer Verständigung über den militärischen Status Deutschlands zu suchen. Wer sich dieser Aufgabe weiter verschließt, wird schließlich dazu beitragen, daß unser Volk weiter daran gehindert wird, in freier Selbstbestimmung zu handeln.

+ + +

(Dieser Artikel erscheint heute auch im "Vorwärts")

Die Privatisierung des Volkswagenwerkes

sp - Die CDU/CSU hat ihren vermeintlichen "Wahlschlager" für 1961 durchgesetzt. Mit Hilfe der FDP, die zwar einige grundsätzliche Bedenken hatte, und der DP, die der CDU sogar das Erstgeburtsrecht an der Privatisierungsidee streitig machte, ist das bisher herrenlose Vermögen des Volkswagenwerkes in einem Gesetz zum Bundesvermögen erklärt worden und in einem zweiten Gesetz sofort der Privatisierung überliefert. "Soziale Privatisierung", so hat die CDU bereits wahl-taktisch ein Schlagwort prägen lassen für die Aufsplitterung dieses Vermögens in Kleinaktien, die in den ersten Monaten ihrer Auflage nur Beziehern niedriger Einkommen zu einem Sozialbonus - Kursabschlag - angeboten werden sollen.

Verschleuderung von Bundesvermögen

Die grundsätzlichen Bedenken der FDP waren nicht etwa gegen die Privatisierung, sondern gegen diesen Sozialbonus gerichtet. Vermögens-erwerb soll nach ihrer Ansicht nicht mit solchen Sondervorteilen verknüpft sein, sondern auf echter Sparung beruhen, auf Konsumverzicht, der dem Wert des erworbenen Vermögens entspricht. Mit diesem kleinen Unterschied betonten alle Befürworter dieser Verschleuderung von Bundesvermögen ihre Absicht, mittels dieser Privatisierung die Vermögensbildung der bisher Vermögenslosen betreiben zu wollen. Also reine Demagogie!

Ein schlechter Trick

Niemand, der nicht schon Vermögen in Form von Sparkonten aller Art gebildet hat, wird künftig Aktien besitzen und somit Teilhaber an Anlagevermögen werden, auch nicht Besitzer von "Volksaktien" vom Volkswagenwerk. Nicht um ein Jota wird das Mißverhältnis zwischen der bisherigen einseitigen Vermögensanhäufung über die Selbstfinanzierung der Unternehmen und jenen, die derweil von der Hand in den Mund lebten, verändert werden. Es wird nur zum Kauf angeboten, was sowieso schon in gemeinsamen Besitz war.

Diese Privatisierung wird betrieben, um die notwendige Korrektur der einseitigen Vermögensbildung der Privaten zu umgehen. Sie wird nicht betrieben, um die tatsächlich unsoziale, sich aber trotzdem sozial nennende Eigentumsordnung zu ändern, sondern, um sie zu zementieren.

Angst vor dem Erfolg

Auch dieses rechtlich bisher herrenlose, tatsächlich aber öffentliche Vermögen des Volkswagenwerkes hat sich unter dem Prinzip der Selbstfinanzierung, mit der man den Wiederaufbau unserer Wirtschaft und das Wirtschaftswunder betrieb, vervielfacht. Das erweckte den Neid der Privaten und Privatisierer, aber auch ihre Furcht, daß an diesem Beispiel sichtbar wurde, wie wenig es für die wirtschaftliche Funktion eines Großunternehmens unbedingt des privaten Eigentums bedarf. Doch Zuwachs allein ist noch keine sinnvolle wirtschaftliche Funktion; der

Zweck dieser öffentlichen Erzeugung hätte sein müssen, die möglichst billigste Befriedigung eines allgemeinen Bedarfs. Und auch das befürchteten die Privaten. Auch darum hat man diesen Betrieb der öffentlichen Hand entrissen. Es widerstrebt diesen Kreisen, daß die öffentliche Hand in der Lage sein könnte, den Markt und die Preise zu regulieren und möglicherweise die Marktmacht privater Produzenten zu brechen.

Der Stiftungsgedanke

Ein anderes Problem ist die Verwendung der Unternehmenserträge. Die Sozialdemokraten haben zuerst versucht, die Erträge des Volkswagenwerkes samt seinem Vermögen in eine öffentliche Stiftung zu überführen, zur Förderung von Wissenschaft und Forschung. Das haben die anderen Parteien abgelehnt. Sie übernahmen später den Stiftungsgedanken, doch sollte weder das Werksvermögen noch der Produktionsertrag, sondern das Ergebnis des Verkaufs einer Stiftung zugeführt und für Mittelstandsförderung und später Wiederaufbauzwecke in wiedervereintem Deutschland verwendet werden.

Nach dem Kompromiß mit dem Land Niedersachsen, das ebenfalls Eigentumsansprüche geltend machte, der je einen Anteil von 20 % des Eigentums dem Bund und Niedersachsen zugestent, während 60 % in Kleinaktien verkauft werden sollen, fließen der Verkaufserlös und die Erträge aus den öffentlichen Anteilen einer Stiftung zur Förderung der technischen Bildung und Forschung zu.

Illoyales Verhalten

Der Haken ist jedoch, dass CDU/CSU, FDP und DP erwarten, der Bund werde in baldiger Frist seinen Anteil veräußern und auch Niedersachsen seines Einflusses auf die Unternehmensentwicklung und Unternehmenspolitik nach einer Übergangsfrist verlustig gehen. Dann würden, über das Depotstimmrecht, die Banken das Unternehmen beherrschen. Erst dann ist der volle Zweck der Privatisierung erreicht.

Sowohl das Land Niedersachsen als auch die Fraktion der SPD im Bundestag sahen in den entsprechenden Gesetzesbestimmungen eine beabsichtigte Illoyalität von CDU/CSU, FDP und DP gegenüber dem geschlossenen Kompromiß. Denn trotz des zwanzigprozentigen Eigentums an Volkswagenwerk würde Niedersachsen nur noch 600 Stimmen von sechs Millionen Stimmen der Aktionäre vertreten und nicht garantieren können, daß der Stiftungszweck gesichert bleibt.

Für tatsächliche Eigentumbildung

Die Sozialdemokraten haben diesen Gesetzen ihre Zustimmung verweigert, den Vorwand der Eigentumspolitik der Mehrheitsparteien angeprangert und angekündigt, der Öffentlichkeit und diesen Parteien ein eigenes Programm zur Eigentumbildung in Arbeitnehmerhand vorlegen zu wollen. Dann werden diese Parteien Farbe zu bekennen haben, was sie wirklich unter Eigentumbildung verstehen.

Im Dienst an der Menschheit

Von Inge Deutschkron

Das wissenschaftliche Institut in Reschowoth bei Tel-Aviv, nach dem ersten Präsidenten des Staates Israel und weltbekanntem Physiker Chaim Weizmann genannt, kennt nicht nur Aufgaben, die allein dem Fortschritt des eigenen Landes dienen. So hat das Weizmann-Institut die Wissenschaftler der ganzen Welt aufgefordert, zusammen mit Vertretern der jungen Staaten Afrikas und Asiens in einer Konferenz im kommenden August die Frage zu erörtern, welchen Beitrag die Wissenschaft zum Fortschritt der Entwicklungsländer leisten kann.

Diese Konferenz erhält ihre besondere Bedeutung angesichts der Tatsache, dass noch immer Millionen von Menschen in den Entwicklungsländern in unvorstellbarer Not und unsagbarem Elend dahinvegetieren. Kaum eine der neuen Massnahmen seit ihrer Befreiung von der Kolonialherrschaft hat ihnen Hoffnung oder eine Besserung ihrer Lage gebracht.

Die ausländischen Projekte, die Anleihen und Hilfsmassnahmen, mit denen die Länder des Westens und des Ostens um die Menschen dieser noch nicht festgelegten Welt buhlen, sind einerseits nicht ausreichend und andererseits meist nicht geeignet, ihr Vertrauen zu gewinnen. Tatsächlich verfolgen alle Hilfsmassnahmen in den seltensten Fällen allein humanitäre Zwecke, sie suchen zugleich den politischen Einfluß, wie der Ostblock, oder den wirtschaftlichen Profit, wie der Westen. Ausgenommen sind die Unterorganisationen der UNO und der Colombo-Plan. Aber leider haben diese uneigennütigen Organisationen den geringsten Anteil an der weitreichenden Hilfe. Es scheint daher nicht übertrieben zu sagen, daß das System der augenblicklich geleisteten Hilfe, von welcher Seite sie auch kommen mag, nicht das erwirkt, was im Interesse der gesamten Menschheit so wichtig wäre - nämlich eine schnelle Besserung der wirtschaftlichen Lage der Entwicklungsländer.

Verfehlte Weichenstellung

Das Problem wird noch dadurch erschwert, dass die Entwicklungsländer in ihren Wirtschaftsplanungen nicht immer ganz richtig beraten sind. Sie stecken sich vielfach zu weite Ziele, getrieben von dem Verlangen, so schnell wie möglich, so billig wie möglich, so viele Industriebetriebe wie möglich ihr eigen zu nennen. Wäre es von Anfang der Hilfeleistungen an möglich gewesen, politische oder wirtschaftliche Profitmotive auszuklammern, hätte ein auf diese Weise erworbenes Vertrauen zu einer Partnerschaft mit dem Westen führen können, die den jungen Staaten bei ihren Wirtschaftsplanungen und nicht zuletzt auch in ihren politischen Zielen als Richtschnur gedient hätte.

Dies wäre nur geschehen, wenn das internationale Interesse über dem nationalen gestanden hätte und die entscheidende Hilfe von den Vereinten Nationen ausgegangen wäre. Es hätte dann weder politische noch finanzielle Profitmackererei gegeben. Selbst der SUNFED-Plan, der die für die Entwicklung vorhandenen Kapitalien sammeln und verteilen sollte, ist noch längst nicht aktiv und wird aus den genannten Interessen des Ostens und des Westens kaum lebensfähig werden. Es kann also als Fazit angenommen werden, das, solange nicht ein internationales Gremium sich diese Frage zu eigen macht, die Hilfsmassnahmen in den Entwicklungsländern die entscheidende idelle Kraft vermissen lassen, die man von ihnen erwartet hat. Ihr Wert rein vom Standpunkt

der Wirtschaftlichkeit geschen, sinkt in vielen Fällen auf die Hälfte herab, wenn man die Profite, Zinsen und schlechten Planungen bedenkt.

Israelische Aufbauverfahren

Aus diesen Betrachtungen kann tatsächlich nur Israel ausgemerkelt werden, das trotz eigener Aufbauschwierigkeiten noch bereit ist, in uneigennützigter Weise zu helfen. Es wäre wohl unsinnig anzunehmen, daß der Staat Israel mit seinen 2,2 Millionen Menschen Burma, Nigeria, Ghana ausbeuten wollte oder diese Länder in politischer Hinsicht beeinflussen könnte. Die israelische Hilfe kann natürlich nicht den Aufbau von riesigen Werken fördern, wohl aber können israelische Berater den jungen Staaten ihre eigenen Erfahrungen zum Beispiel geben. Bewässerungsmethoden spielen dabei eine wesentliche Rolle, die Ausbildung von Fachleuten in der Textilbranche, der Aufbau staatlicher Unternehmungen, die Einrichtung von Genossenschaften, um nur einiges aus dem langen Katalog der Hilfeleistungen zu nennen. Die Ausbilder oder Berater, die es als eine Auszeichnung betrachten, in Ghana, Nigeria oder Burma eine Aufgabe zu übernehmen, bringen diesen jungen Staaten nicht nur ein Stück ihrer Kenntnisse, sie bringen ihnen auch den Pioniergeist, mit dem sie einst in ihrem eigenen Land zu Werke gingen. Mit dem Instinkt und dem Komplex des Hilfe Empfangenden begreifen die davon profitierenden jungen Staaten die Ehrlichkeit im Bemühen ihrer israelischen Helfer. Der Beitrag der Israelis, der sich nicht in Zahlen ausdrücken läßt, dürfte im ideellen Sinne weitaus höher liegen als etwa der Aufbau eines Stahlwerkes. Als Maßstab dafür mag man den überaus herzlichen Empfang werten, den Burma dem israelischen Staatspräsidenten auf seinem ersten Staatsbesuch, im vorigen Oktober, zuteil werden ließ.

Unmittelbarer Anschauungsunterricht

Weil sich Israel aber nicht genug Wirksamkeit allein von den Export seiner Ideen verspricht, hält es von Zeit zu Zeit internationale Seminare in eigenen Lande ab, die Probleme der Entwicklungsländer wie zum Beispiel das Genossenschaftswesen, den Bau von Wohnsiedlungen oder Dörfern zum Thema haben. Sie versprechen sich davon nicht nur die Übermittlung von Wissen, sondern geben zugleich mit Hilfe von Rundreisen durch ihr eigenes Land Anschauungsunterricht, der nötig ist, um ihre Theorien glaubhaft und wirksam zu machen.

Ihr wohl bedeutendster Beitrag aber steht mit der internationalen Konferenz der Wissenschaftler und der Vertreter der jungen Staaten zu den Problemen der Entwicklungsländer noch bevor. Abba Eban, der Präsident des Weizmann-Institutes und Minister im Kabinett Ben-Gurion, sagte dazu: "Auf dieser Konferenz werden zwei grosse Strömungen unseres Zeitalters zusammentreffen - der Fortschritt der Wissenschaften und die nationalen Freiheitsbewegungen, die vorerst noch getrennte Wege gehen."

Praktiker und Wissenschaftler

Es ist auf dieser Konferenz beabsichtigt, die praktischen Probleme der jungen Staaten zur Diskussion zu stellen. Die Vertreter der Entwicklungsländer werden sie durch ihre eigenen Beiträge untermauern, und die Wissenschaftler korrigieren, wenn ihnen die praktische Erfahrung zur Lösung eines Problems fehlt. Dazu gehören u.a. die Frage der Lösung landwirtschaftlicher Probleme durch die Wissenschaft - Bewässerung oder Entsalzung der zur Verfügung stehenden Meeresswasser; die neueste Entwicklung auf dem Gebiet der Energie aus der Sicht derjenigen Staaten, denen gewöhnliche Energiequellen zur schneller Industrialisierung fehlen; die Bekämpfung endemischer Krankheiten durch neuzeitliche medizinische Entdeckungen; Ernährungsprobleme und ihre Bekämpfung durch chemische Mittel oder Proteine. Eines der wesentlichsten Themen wird die Erörterung der Frage sein, wie die jungen Staaten eine technische Elite heranbilden können, bevor die Allgemeinbildung den ersehnten Stand erreicht hat. Das genaue Programm dieser 14-tägigen Arbeitskonferenz wird erst nach Zusage der wissenschaftlichen Teilnehmer aufgestellt werden, geplant ist, dass jeder Wissenschaftler zu einem Thema einen Beitrag liefern soll.

Wissenschaftler von Weltruf

Bisher haben sich 45 Wissenschaftler von Weltruf zu dieser Konferenz angemeldet. Unter ihnen sind Sir John Cockcroft, ehemaliger Vorsitzender der britischen Atomenergiebehörde, Dr. P.M.S. Blackett, Imperial College der Wissenschaften und der Technologie London, Dr. Chisholm, ehemaliger Direktor der Weltgesundheitsbehörde, Dr. W. Gentner, Europäische Organisation für nukleare Forschung Genf, Dr. Henri Jannet, Atomenergie-Kommission Frankreich, Dr. Walter Lowdermilk, Spezialist für Bevölkerungsprobleme, Dr. W.A. Lewis, stellvertretender Vorsitzender des UN-Sonderfond, Dr. Gunnar Randers, Direktor des Atomenergie-Instituts Norwegens, Sir Solly Zuckermann, Atomwissenschaftler an der Universität Birmingham. Die erste Zusage aus den östlichen Staaten kam von Professor Kyrille Popoff von der wissenschaftlichen Akademie Sofia. Drei bedeutende asiatische Wissenschaftler - Professor Dr. H. Bhabha, Vorsitzender der Atomenergiekommission Indiens, Dr. Minoru Tachi vom Institut für Bevölkerungsprobleme in Tokio und Dr. Atsushi Watanabe vom Institut für Mikrobiologie in Tokio werden neben den westlichen Fachleuten auf den einzelnen Gebieten in zweifacher Kapazität sprechen können.

Es ist schon heute daran gedacht, dass dieser Konferenz weitere Tagungen, möglicherweise zur Diskussion von Spezialthemen, folgen werden. Ebenso erwartet man, daß sich aus der Konferenz ständige Ausschüsse entwickeln.

Israel wird niemals eine Weltmacht darstellen. Es kann aber durch seinen Beitrag zum Fortschritt des Menschen Entwicklungen anbahnen helfen, die schließlich der ganzen Welt zum Vorteil gereichen. Es wird damit die Frage aufgeworfen, ob nicht Israel, das auf vielen Gebieten Pionierarbeit geleistet hat, die Funktionen übergeben werden sollte, den jungen Staaten beim Eintritt in unser Zeitalter der Wissenschaft als Wegweiser zu dienen. Die bereits übernommene Aufgabe geschieht im Dienst an der Menschheit, wie sie ihr Beispiel in der Geschichte sucht.

+ + +

Zur Dokumentation:

Krise der Fünften Republik? - Krise um de Gaulle

Die große Pariser Zeitung "Le Monde", die de Gaulles Politik bisher zwar nicht mit Begeisterung, aber immerhin mit wohlwollender Reserve beurteilt hat, veröffentlichte am Mittwoch dieser Woche auf der ersten Seite einen bemerkenswerten Leitartikel unter der Überschrift "Der Riss". Da in diesem angesehenen Blatt von Weltruf zum ersten Male von einer Krise der Fünften Republik gesprochen wird, bringen wir einige Auszüge.

D. Red.

* * *

"Trotz der Bedeutung und Lebendigkeit der Bauernaktivität darf man nicht vergessen, daß das Regime eine sehr tiefe Krise durchmacht, eine allgemeine Vertrauenskrise".

*

Nach einem Hinweis auf die letzten Reden de Gaulles vor den Militärs in Algerien heißt es: "Das Mutterland ist unruhiger als vorher, die Armee fragt sich immer noch (wohin der Weg geht); die Franzosen in Algerien schließen sich keineswegs de Gaulle an, und die Muselmanen beginnen, sich von ihm zu entfernen".

*

"Es ist in jedem Falle sicher, daß die Methoden des Staatschefs ein wachsendes Mißtrauen in Frankreich und im Ausland erzeugen, was ihren Erfolg kompromittiert".

*

"Dieses ganze Zuhör eines klassischen Macchiavellismus, das gestern noch amüsiert hat, beginnt jetzt zu irritieren".

*

"Seit dem 1. Juni 1958 lebt die Masse der Franzosen auf der Grundlage einiger fundamentaler Postulate. De Gaulle wird seine Macht nicht mißbrauchen, de Gaulle will die Demokratie erhalten, de Gaulle sucht den Frieden in Algerien. Nach den Variationen der letzten Woche sind diese Postulate erschüttert. Die Nation glaubt noch nicht, daß sie sich getäuscht hat; aber sie denkt, daß sie sich täuschen könnte. Nachdem sie ihr Schicksal in die Hände eines einzigen Mannes gelegt hat, merkt sie plötzlich, daß, wenn dieser Mann sie überspielt, oder wenn er einfach sich selbst ändert, sie ohne Widerruf verloren ist".

*

"Man regiert das Frankreich von Heute nicht wie das Florenz eines Macchiavelli; die Völker sind erwachsen, und es gelingt nicht mehr, sie auf die Dauer zu täuschen. Es ist eine kurzsichtige Demagogie, jedem Zuhörerkreis die Worte zu sagen, die er zu hören wünscht, ohne sich um die Widersprüche zu kümmern. Wenn der Beifall vorrauscht ist, bemerkt jeder, daß man irgendjemanden belogen hat, und alle hören auf, die zukünftigen Worte zu glauben, selbst wenn sie wahr sind".

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel